POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE MÄRZ 2022 | 18. JAHRGANG



Die Bombenangriffe und der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine sind eine neue Stufe der Aggression durch Putin, die wir auf das Schärfste verurteilen. Dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Russland muss die Kampfhandlungen sofort einstellen, einem Waffenstillstand zustimmen und ernsthaft Verhandlungen aufnehmen. Den Krieg gegen die Ukraine sofort beenden, Menschenleben retten - das ist aus Sicht der Mitglieder der Partei DIE LINKE die vordringlichste Aufgabe. DIE LINKE ruft u. a. alle Menschen dazu auf, sich an den zahlreichen Kundgebungen für den Frieden, einen Waffenstillstand und Abrüstung zu beteiligen! Unser Foto: Mahnwache auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin. Seiten 3 und andere



Tag gegen Rassismus

Als Gedenktag zur Erinnerung an das Massaker von Sharpeville 1960 wird in jedem Jahr im März der „Internationale Tag zur Beseitigung der Rassendiskriminierung“ ausgerichtet. Der Internationale Tag gegen Rassismus soll auf Probleme hinweisen.

SEITE 4



Stimmen aus dem Landtag

Landtagsabgeordnete Isabelle Vandre über die Weigerung Brandenburgs die Förderung von Sanierungen statt der Abriss und Neubau zu fördern. Eine(n) „Polizeibeauftragte(n) braucht das Land, meint unsere Landtagsabgeordnete Marlen Block.

SEITE 6



Zum Garnisonkirchenturm

Norbert Müller engagiert sich seit Jahren gegen den Bau der Garnisonkirchenturmkopie. In einem Interview mit Sara Krieg, Sprecherin der Initiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche, sprach er über Aktuelles zur finanziellen Situation der „Stiftung Garnisonkirche“.

SEITE 7

RATHAUS REPORT

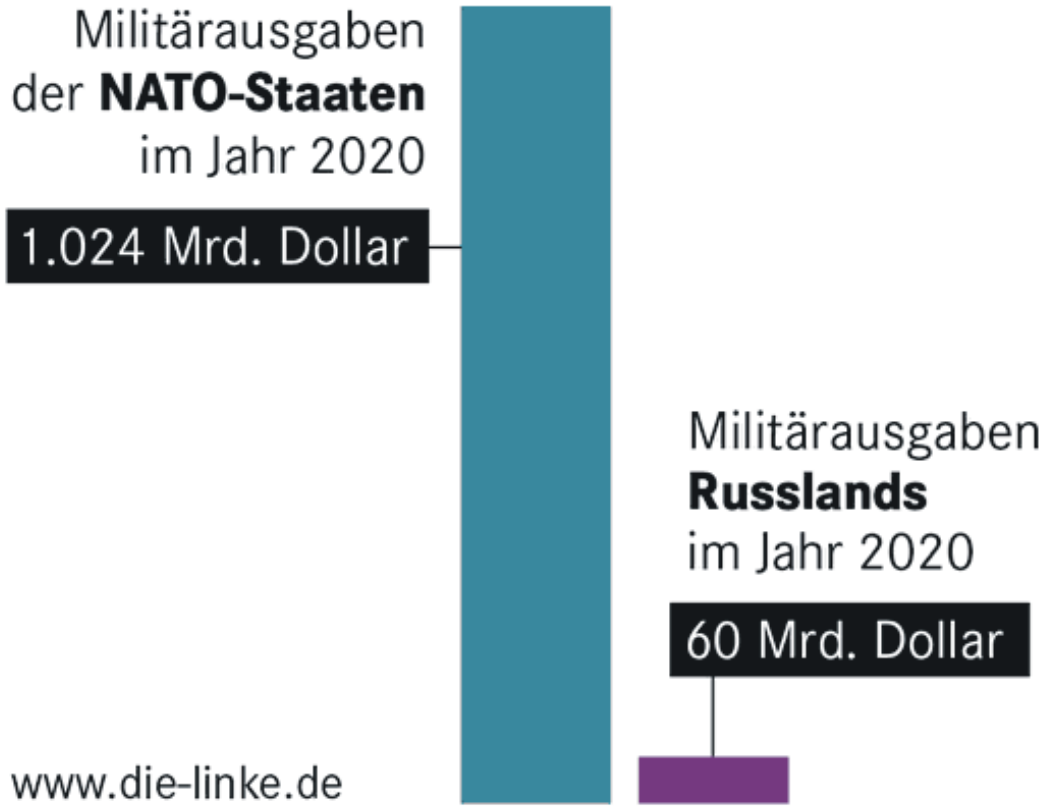
Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Der „Rathausreport“ im Innenteil

widmet sich den „Fragen & Antworten“, „Beschlossenem“ und „Überwiesenem“ aus der 27. Stadtverordnetenversammlung vom 02. März 2022 und zieht eine Bilanz zur Hälfte der gegenwärtigen Legislaturperiode.

SEITEN I – IV

Glaubt wirklich jemand, noch mehr Rüstung würde Putin beeindrucken?



PaS - digital

Jetzt kostenloses Online-Abo bestellen und keine Ausgabe mehr verpassen!

Bestellung unter:
abo@dielinke-potsdam.de

Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam“ – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Roland Gehrmann, Sascha Krämer
AUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion
DIe nächste PaS erscheint Mai

LAYOUT
Sophie Sumburane
TELEFON der Redaktion
0176 / 327 93 65 9
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/Archiv
DRUCK
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG



Gegen Krieg und für Abrüstung

Am 24. Februar gab Wladimir Putin den Befehl die Ukraine anzugreifen. Seitdem verteidigt sich die Ukraine gegen einen völkerrechtswidrigen Angriff durch die Armee der Russischen Föderation. Es herrscht wieder Krieg, Menschen sterben, Städte werden zerbombt, Panzer rollen, Atomkraftwerke werden beschossen und Millionen sind auf der Flucht. Dieser Krieg ist fatal für die Ukrainerinnen und Ukrainer, fatal für die Sicherheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, fatal für die russische Bevölkerung. Unser parteipolitisches Engagement gilt „dem Kampf gegen Krieg, Völkerrechtsbruch, Menschenrechtsverletzungen und militärische Denklogik im Umgang mit Konflikten“ (Parteiprogramm). Kein Staat darf sich das Recht nehmen, die territoriale Integrität anderer Staaten zu verletzen. Für diesen Krieg kann es keinerlei Rechtfertigung geben! Es bedarf der sofortigen Einstellung der russischen Kampfhandlungen und der Fortführung der Verhandlungen mit der Ukraine. Bis dahin sind die scharfen Sanktionen gegen Putin und seine Entourage, sowie die internationale Isolation Russlands richtig und notwendig. Wichtig ist es, die Sanktionen so auszurichten, dass der Schaden für die russische Zivilbevölkerung so gering wie möglich bleibt.

DIE LINKE hat sich immer für ein Ende der Logik des Kalten Krieges stark gemacht. Statt der schrittweisen NATO-Osterweiterung hätte es einer europäischen Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung der Russischen Föderation bedurft. Seit dem 24. Februar ist dieses Ziel in sehr weite Ferne gerückt. Humanitäre Hilfe ist nun das Gebot der Stunde. Hilfe vor Ort in der Ukraine und Hilfe für die Menschen, die nun in Deutschland Schutz suchen. Solidarität und Spendenbereitschaft der Bevölkerung sind beeindruckend. Seit Tagen rollen die Konvois mit Nahrung und Hilfsgütern nach Polen und direkt in die Ukraine. Die ersten Flüchtlinge kommen in Potsdam an, müssen untergebracht und versorgt werden. Wir müssen uns darauf vorbereiten, in den kommenden Wochen weitere schutzbedürftige und verletzte Menschen aufzunehmen. Informationen zu Spendensammlungen und Möglichkeiten sich zu engagieren, finden Sie auf den nächsten Seiten. Polen und Ungarn ändern aktuell ihre restriktive Flüchtlingspolitik für ukrainische Flüchtlinge. Dabei ist es wichtig, dass die Grenze allen Flüchtlingen offensteht und nicht die Hautfarbe zum Kriterium wird. Dies gilt auch für die afghanischen und syrischen Flüchtlinge, welche noch immer in Weißrussland ausharren. Auch diese müssen jetzt aufgenommen werden. Es darf keine Flüchtlinge erster und zweiter Klasse geben. Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns gegen jede Ausgrenzung von russischen und russischstämmigen Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik. Gerade jetzt ist der zivilgesellschaftliche Austausch von zentraler Bedeutung. Die einfachen russischen Menschen tragen keine Schuld am Krieg der Regierung Putins!

Die Debatte um die richtigen politischen Konsequenzen hat begonnen. Und es muss klar gesagt werden: 100.000.000.000 Euro für Rüstungsprojekte auszugeben, ist ein schwerer Fehler! Dieses Geld muss besser investiert werden: für die Ausstattung unserer Schulen, in der Pflege, für bezahlbaren Wohnraum, für unsere Kommunen, für den sozial-ökologischen Umbau und für bezahlbare Energie. Die Sanktionen gegen die Russische Föderation werden womöglich Engpässe in der Energieversorgung und noch viel mehr nach sich ziehen. Den Heizkostenzuschuss effektiv auszubauen und seine Umsetzung vorzuziehen, sowie endlich die Energiewende auszufinanzieren, das wären die nun erforderlichen Schritte. Stattdessen hat sich die Regierung für eine Subventionierung von Rheinmetall, Kraus Maffei Wegmann und Heckler & Koch entschieden.

Die Menschheit wird nur eine Zukunft haben, wenn die Logik des Krieges durchbrochen wird. Dem Krieg muss deshalb mit Vernunft begegnet werden, nicht mit noch mehr Krieg.

Roland Gehrmann,
Kreisvorsitzender

Unterstützungsmöglichkeiten in Potsdam

Die Potsdamer Zivilgesellschaft zeigt derzeit, was pazifistische Internationale Solidarität bedeutet und hat aus Ihrer Mitte heraus diverse Spendenaktionen initiiert. Eine Zusammenstellung aller derzeitigen Sammelaktionen in Potsdam gibt es hier: www.potsdam.de/hilfe-fuer-die-ukraine

Darüberhinaus möchten wir an dieser Stelle zwei konkrete Spendenempfehlungen aussprechen: Der Potsdamer Verein inwole hat zu Spenden für zivilgesellschaftliche Partnerprojekte in der Ukraine aufgerufen. Nähere Informationen: www.inwole.de



Sach- und Geldspenden, sowie ehrenamtliche Unterstützung sind bei der AWO Potsdam willkommen. Was derzeit benötigt wird, da sich die Spendenbedarfe schnell ändern, ist hier zu finden: awo-potsdam.de/ukraine-hilfe/

Deutschlandweit können Unterbringungsangebote für Schutzsuchende hier eintragen werden: elinor.network/gastfreundschaft-ukraine/

Weltweit gegen Rassismus



KUNDGEBUNG VOR DEM BRANDENBURGER TOR

Unter dem Motto World-Against-Racism findet am 21. März der Internationale Tag gegen Rassismus statt. Genau einen Monat zuvor haben wir der Opfer von Hanau gedacht. Bei der Potsdamer Gedenkkundgebung hielten die Teilnehmenden Schilder mit Informationen zu den Todesopfern rechter Gewalt in Deutschland seit 1990. Es war ein bewegendes und bedrückendes Bild, das sich mit beinahe 200 Schildern vor dem Brandenburger Tor bot. In unmittelbarer zeitlicher Nähe häufig als Einzelfälle bezeichnet, zeugen die rassistischen Pogrome der 1990er Jahre, aber auch Hanau und die Morde des NSU davon, dass rechter Terror in Deutschland Kontinuität hat. Nach wie vor wird dies vor allem von den Betroffenen selbst, ihren Angehörigen und solidarischen Gruppen angeprangert. Es fehlt an gesellschaftlichem und politischem Problembewusstsein. Viel schlimmer noch: Immer wieder zeugen fehlender Aufklärungswille oder gar die Verdächtigung Angehöriger der Opfer vom tief verankerten Rassismus.

Über rassistische Morde zu sprechen, muss daher auch immer die alltäglichen rassistischen Erfahrungen von BPoC (Black People und People of Colour) berücksichtigen. Wir leben in einer rassistischen Gesellsaft, die noch immer von rassistischen Denkmustern und Vorurteilen geprägt ist. Was von manchen vielleicht als unüberlegter Spruch oder "Witz" abgetan wird, reproduziert diese Denkmuster. Diejenigen, die sie treffen, werden damit psychisch verletzt und herabgewürdigt. Die materielle Seite davon ist, dass nicht weiße Personen es schwerer haben und mehr leisten müssen um z.B. eine gute Arbeitsstelle oder eine Wohnung zu bekommen. Sie werden weder in Schulbüchern, noch Parlamenten oder gut bezahlten Führungspositionen ausreichend repräsentiert. Es darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass sich die Eskalationsstufen von Rassismus bedingen - von rassistischen Gedanken und ihrer Verbalisierung bis hin zu tätlichen Angriffen oder eben Morden.

Es muss die Aufgabe aller sein, gegen jede Form von Rassismus zu benennen, sie zu bekämpfen. Weiße Privilegien gilt es zu reflektieren und den Betroffenen von Rassismus solidarisch zur Seite zu stehen – egal ob beim Abendbrot mit Verwandten, in der Öffentlichkeit oder in (Bildungs-)Institutionen. Neben der Thematisierung von Antirassismus in der Schule und Sensibilisierung dafür in Ausbildung oder Studium müssen an allen staatlichen Institutionen Beratungs- und Beschwerdestellen für Betroffene eingerichtet werden und der Abschiebepraxis des Bundes und der Länder ein Ende gesetzt werden.

Hanna Steiner und Isabelle Vandre (MdL)



GEDENKORT FÜR DIE OPFER VON HANAU
FOTOS: ISABELLE VANDRE

Lektüreseminar in der RLS

Eigentlich für das vergangene Jahr zum 150. Geburtstag von Rosa Luxemburg geplant, aber wie so vieles verschoben, findet nun am 6. und 7. Mai 2022 ein Lektüreseminar statt, das sich Rosa Luxemburgs Schrift „Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus" widmen und den Bogen bis zu aktuellen Debatten (u.a. zu Enteignung oder Postkolonialismus) schlagen wird.

Freitag, 6. Mai 2022, von 17 bis 20 Uhr

„Der Kapitalismus ist die erste Wirtschaftsform mit propagandistischer Kraft, eine Form, die die Tendenz hat, sich auf dem Erdrund auszubreiten und alle anderen Wirtschaftsformen zu verdrängen [...]."

Rosa Luxemburg

Die Akkumulation des Kapitals

Lektüreseminar
6. und 7. Mai 2022, Potsdam
mit Valeria Bruschi & Moritz Zeiler



Samstag, 7. Mai 2022, von 11 bis 18 Uhr

RLS Brandenburg, Dortustr. 53, 14467 Potsdam

Weitere Infos und Anmeldung bis 19. April 2022:

E-Mail: info@bbg-rls.de

Telefon: 0331 817 04 32

Website: brandenburg.rosalux.de

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe März 2022

FRIEDEN UND ABRÜSTUNG



AKTIONSTAG „BRANDENBURG ZEIGT HALTUNG“: AUCH DIE POTSDAMER LINKE-FRAKTION HAT EIN ZEICHEN GESETZT FÜR SOLIDARITÄT, DEMOKRATIE UND ZUSAMMENHALT IN DER GESELLSCHAFT UND FÜR DEN FRIEDEN IN DER UKRAINE

Es herrscht Krieg in Europa. Ich stehe an der Seite der Menschen in der Ukraine, die unvorstellbares Leid in diesen Tagen erfahren. Die schrecklichen Bilder in den vielen Gebieten des Landes zeigen erneut: Krieg darf niemals ein legitimes Mittel der Politik sein. Es muss einen sofortigen Waffenstillstand geben. Gezielte und harte Sanktionen gegen Putin, die ihn unterstützenden Oligarchen und die russische Militärindustrie müssen jetzt folgen Ich setze mich für eine schnelle und unbürokratische Aufnahme von geflüchteten Menschen aus der Ukraine, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, in Potsdam ein. Schon jetzt helfen Potsdamer:innen. Sie spenden Geld, Medikamente, Kleidung und Lebensmittel. Sie stellen Wohnraum zur Verfügung und organisieren Hilfskonvois. Das ist großartig. Alle, die vor Krieg flüchten, müssen einen sicheren Platz finden und uneingeschränkten Zugang zu Sozial- und Gesundheitsleistungen bekommen.

Meine Solidarität gilt auch den Menschen, die in Russland gegen den Krieg auf die Straße gehen. Mit ihrem mutigen Einsatz setzen sie ein sehr wichtiges Zeichen – gegen Putin und für die internationale Friedensbewegung. Diese lautstarke Stimme gilt es zu stärken! Ich wende mich gegen den aufkeimenden Hass gegen Menschen aus Russland in unserer Stadt. Auch ihnen gilt meine Solidarität. Ich wende mich gegen die Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft, die nicht die Antwort auf den Krieg sein dürfen. Vielmehr zeigt die aktuelle Lage, dass Abrüstung und das Ende nuklearer Waffen eine der entscheidenden Notwendigkeiten für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt sind und bleiben.

Sascha Krämer
Stadtverordneter und Fraktionsgeschäftsführer

Mit auf den Weg...



Ohne Frieden ist alles nichts – rund 1.000 Potsdamer:innen machten dies am Abend des 24. Februar auf dem Alten Markt in Potsdam deutlich. Auf Initiative der LINKEN hatte sich ein breites Bündnis aus Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, Parteien, Gewerkschaften, der Kirche und zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammengefunden, um ein Zeichen der Solidarität mit dem ukrainischen Volk zu setzen. Beeindruckend ist die Hilfsbereitschaft, die sich dieser Tage allerorten zeigt. Umso bedrückender, dass dieser Krieg, dass die Macht des Stärkeren derzeit nicht aufzuhalten scheint. Umso wichtiger ist es, jetzt zusammenzustehen und klarzumachen: Menschen- und Völkerrecht sind nicht teilbar! Jeder Mensch hat ein Recht, in Frieden zu leben. Das gilt allerdings auch für unsere russischen Mitbürger:innen, die sich dieser Tage immer häufiger Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt sehen. Aber nicht sie sind verantwortlich für diesen Krieg, sondern ein Autokrat an der Spitze des russischen Staates, das sollten wir nicht vergessen!

Kriege sind immer ein Verbrechen, egal wer der Angreifer ist. Es gibt keine Rechtfertigung für das, was in der Ukraine passiert. Mehr Waffen allerdings werden die Welt nicht sicherer machen. Schon jetzt verfügen sowohl die NATO-Staaten als auch Russland, jede Seite für sich, über das atomare Potenzial, die Welt ein Dutzend mal auszulöschen. Mehr Abschreckung braucht kein Mensch. Wären die Milliarden nicht besser angelegt in der Förderung demokratischer Initiativen, unabhängiger Medien, zivilgesellschaftlicher Projekte in Russland. Müssten wir nicht die Solidarität mit jenen stärken, die sich in Russland gegen Putins Krieg stellen? Totale Abschottung wird zu einer neuen Eiszeit in Europa führen – und das nicht nur, weil uns das Gas ausgeht. Das müssen wir gemeinsam verhindern. Gebt dem Frieden eine Chance!

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Organisationsuntersuchung im Fachbereich Wohnen



Auf Antrag der Linksfraktion soll der Oberbürgermeister eine Organisationsuntersuchung im Fachbereich Wohnen veranlassen. Unser Ziel ist es, entsprechend dem Leitbild der Stadt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das drängende Wohnungsproblem beherrschbar zu machen. Potsdam hat dafür gute Voraussetzungen mit einer starken städtischen Wohnungsgesellschaft und starken Wohnungsgenossenschaften. Aber darüber hinaus sind die Einflussmöglichkeiten begrenzt.

Deshalb haben wir in einem Beschluss vom Januar 2020 eine klare Forderung nach einer Evaluierung und Fortschreibung des Wohnungskonzepts von 2015 als wichtigstem Steuerungsinstrument der Stadt ausgesprochen. Leider ist dieser Auftrag trotz klarer Fristsetzungen und vielfacher Anmahnungen nach wie vor nicht erfüllt. Weitere negative Beispiele sind die Wohnungstauschzentrale, die nach langem Kampf als Modellprojekt eingerichtet wurde, jetzt aber dringend einer Weiterentwicklung bedarf. Keine Fortschritte gibt es bei der lange geforderten sozialen Erhaltungssatzung. Ende 2020 sollte ein Wohnungsmarktbericht vorgelegt werden. Stattdessen aber nur oberflächliche Entschuldigungen und nicht einmal ein neuer Termin. Auch das von uns vorgeschlagene Dialogforum soziales Wohnen ist immer noch nicht eingerichtet. Es gibt also dringenden Handlungsbedarf. Wir brauchen eine voll handlungsfähige Verwaltung. Wir fordern, dass die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung ernst genommen werden. Es kann nicht sein, dass sich der Oberbürgermeister aussucht, welche dieser Beschlüsse er erfüllt und welche nicht.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

FRAGEN & ANTWORTEN

Evaluierung Ehrenbürgerschaft

Im November 2021 wurde von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass die LHP im Jahr 2022 eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Ehrenbürgerschaften als Teil der eigenen Stadtgeschichte und Erinnerungskultur durchführen wird. Dazu sind Forschungseinrichtungen und andere Städte einzubeziehen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse und der weitere Umgang, auch für künftige Ehrenbürgerschaften, soll mit den Stadtverordneten besprochen und bewertet werden.

Der Stadtverordnete Sascha Krämer fragte nach dem Stand der beschlossenen wissenschaftlichen Aufarbeitung. Im zweiten Halbjahr soll es eine Tagung unter Mitwirkung wissenschaftlicher Einrichtungen zum Thema Ehrenbürgerschaften und Erinnerungskultur in Potsdam geben. Das hat der Oberbürgermeister angekündigt. Auf Krämers Nachfrage bestätigte Schubert zugleich, dass die wissenschaftliche Personalstelle für Erinnerungs- und Gedenkkultur in Potsdam mittlerweile aus dem Kulturbereich in den Verwaltungsbereich des Oberbürgermeisters umgesetzt wurde.

Ergebnisoffenes Werkstattverfahren für einen Sportplatz im Norden

Ein Werkstattverfahren zum Remisenpark ist vom Rathaus bereits im Spätsommer 2020 im Streit um Sportanlagen im Volkspark angekündigt worden. Das ergebnisoffene Werkstattverfahren soll nun den Standort „Remisenpark“ und die Standorte „Lerchensteig“ und die „Deponie am Habichtweg“ berücksichtigen. Für Letztere soll ein Prüfverfahren Anfang 2022 erfolgen. Die daraus resultierenden Ergebnisse sollen in das Verfahren einfließen.

Auf die Frage des Stadtverordneten Sascha Krämer, nach dem Stand der Planung heißt es von der Verwaltung, dass das Werkstattverfahren nach Abklingen der Pandemie wiederaufgenommen werden soll. Das hat Baubeigeordnete teilte weiter mit, dass die Fortführung allerdings auch vom Eigentümer abhängig sei. Er rechne im Frühjahr mit weiteren Antworten.

Beschlossen

Erweiterung Öffnungszeiten Bibliothek

Für Bibliotheken bietet der Sonntag die Chance, ihr Profil als Dritter Ort im Sinne der nichtkommerziellen Sinnstiftung und Begegnung, der Medienbildung und nicht zuletzt als Forum zum Austausch zu stärken. Sonntags wird in der Regel nicht gearbeitet, also der perfekte Tag für einen Besuch im Kino, im Theater oder im Museum. Wer aber in die städtische Bibliothek möchte, der steht vor einer verschlossenen Tür. Es gibt in Brandenburg keine Ausnahme für Bibliotheken vom Bundesarbeitszeitgesetz – für Kino, Oper, Museum und Theater hingegen schon. In NRW hingegen wurde im Jahr 2019 das Bibliotheksstärkungsgesetz verabschiedet, welches es den dortigen Bibliotheken ermöglicht, nun auch sonntags zu öffnen. Dies wäre sicherlich auch ein erstrebenswerter Ansatz im Land Brandenburg.

Darum hat die Fraktion DIE LINKE den Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, unter welchen rechtlichen, personellen und finanziellen Voraussetzungen es im Rahmen des bestehenden Budgets des GB2 möglich ist, dass die städtische Bibliothek auch sonntags geöffnet haben kann.

Die Sonntagsöffnung kann zunächst als Pilotprojekt für zwei Jahre angelegt sein. Danach soll ausgewertet werden, ob das Projekt fortgeführt und gegebenenfalls auf die Stadtteilbibliotheken ausgeweitet werden kann.

Umbenennung ehemalige Enver-Pascha-Brücke

Die ehemalige Enver-Pascha-Brücke besteht seit Kriegsende als Konstruktion aus zwei Trägern für Versorgungsleitungen. Der Namensgeber der ehemaligen Brücke im Potsdamer Stadtteil Babelsberg, Enver Pascha, war als Politiker, General und Kriegsminister des Osmanischen Reiches (heute Türkei) einer der Hauptverantwortlichen für den Völkermord an den Armeniern. Wir sagen: Mörder und Kriegsverbrecher verdienen keine Nennung bzw. Würdigung in Potsdam.

Darum haben wir den Oberbürgermeister beauftragt, die Umbenennung der ehemaligen „Enver-Pascha-Brücke“ beim WSA Spree-Havel zu beantragen und sich damit für eine nachhaltige Überwindung der noch in Potsdam vorhandenen Würdigungen von Kriegsverbrechern in Potsdam, z. B. bei der Benennung im Straßenraum, einzusetzen. Ebenfalls soll auf die Löschung der Brückenbezeichnung aus Karten und offiziellen Darstellungen hingewirkt werden.

Halbzeit: Es hat sich gelohnt – und es bleibt noch viel zu tun

Wohnen

Wahlprogramm

- Grundrecht auf Wohnen
- Bezahlbares Wohnen für niedrige und mittlere Einkommen
- ProPotsdam & Genossenschaften stärken
- Mietobergrenzen
- Bestandserhaltung und Sozialquote 30% im Neubau

Koop-Vertrag

- Prüfung der Wirksamkeit des Mietspiegels / Anpassung
- Erhalt 20% Marktanteil der Pro Potsdam am Gesamtwohnungsbestand
- Instrumente gegen den Mietanstieg
- Gemeinschaftswohnmodelle fördern
- Kein weiterer Verkauf städtischer Flächen

Initiativen / Bilanz

- Grundrecht Wohnen
- Mietendeckel prüfen
- Umwandlungen in Gewerbe oder Eigentum einschränken
- Verlängerung Mietpreisbremse
- Sozialerhaltungssatzung erarbeiten
- Erweiterung Förderkulisse
- Mieterverträgliche Privatisierung Wollestraße in Babelsberg
- Wohnungstauschbörse

Gut die Hälfte der aktuellen Wahlperiode der Stadtverordneten ist bereits verstrichen. Zwei Jahre davon im Ausnahmezustand. Anlass für die Linksfraktion, im Februar eine Zwischenbilanz zu ziehen. Damit auch Sie nachvollziehen können, was wir uns vorgenommen hatten, was davon schon geschafft ist und was wir noch anpacken müssen in den verbleibenden zwei Jahren, haben wir die wichtigsten Punkte im Folgenden für Sie zusammengestellt:

Umwelt und Klima

Wahlprogramm

- Untersetzung Klima- und Hitzeschutzkonzept
- Städtische Unterstützung für erneuerbare Energien / ökologisches Bauen
- Erhalt und Ausbau Kleingärten
- Ausgleichsmaßnahmen für Grünverlust durch Bauen
- Biosphäre erhalten
- Freier Eintritt in die Parks der Schlösser und Gärten

Koop-Vertrag

- Finanzen für Masterplan Klimaschutz
- 2050 CO_2-neutral / Klimanotstand
- Ausbau ÖPNV
- Prüfung Rückkauf EWP
- Behutsamer Umgang mit Grün- und Wasserflächen (Schutz)

Initiativen / Bilanz

- Klimanotstand beschlossen
- Klimabudget im HH eingeführt
- Ökologisches Bauen für öffentliche Gebäude
- Maßnahmen zum Hitzeschutz
- 1.000 neue Bäume für Potsdam in den nächsten 3 Jahren
- Renaturierung Düstere Teiche
- Erhalt & Umbau Biosphäre angeschoben

Bodenpolitik

Wahlprogramm

- Flächenankauf statt –verkauf durch die Stadt
- Aufstockung finanzieller Mittel für Flächenerwerb
- Grundstücksvergabe an Dritte nach Konzept und in Erbbaupacht
- Zwischenerwerb von Grundstücken und Weitergabe mit Zweckbindung
- Erhalt und Ausbau Kleingärten

Koop-Vertrag

- Kein Flächenverkauf mit Ausnahme von Erbbaupacht oder Konzeptvergabe
- Weiterentwicklung des Baulandmodells zur Beteiligung von Investoren an der Infrastruktur
- Flächenmanagement & Nachverdichtung

Initiativen / Bilanz

- Seit HH2021 Budget für Flächenankäufe, 2022 erneut um 1 Mio € erhöht
- Werkstattverfahren zu Richtlinie Bodenverkäufe / Baulandmodell
- Vorhalteflächen für soziale Infrastruktur Fahrland
- Konzeptvergaben / Erbbaupacht – Werkstattverfahren läuft
- Schutz der Kleingartenanlagen Angergrund und Katharinenholz

Bildung und Kita

Wahlprogramm

- Integrierte Planung für Kitas, Schulen und JFZ
- Vorhalteflächen sichern
- Einführung kommunaler Kitas
- Kita-Qualitätsstandards & indiv. Förderung
- Sozial gerechte Elternbeiträge
- Kostenloses Frühstück & Mittag
- Priorität für Schulzentren
- IT-Ausstattung standardisieren und modernisieren

Koop-Vertrag

- Kita-Qualitätsstandards setzen
- Förderung von Fortbildung für Kita-Personal
- Kitas in kommunaler Trägerschaft
- Ausbau Ganztag
- Gesamtschulen
- Ausbau Schulsozialarbeit
- Einheitl. IT-Standards
- Multifunktionale Gebäude planen und bauen

Initiativen / Bilanz

- Erstmals integrierte Planung 2021-26
- Neue Elternbeitragsordnung verabschiedet
- 1. Kommunale Kita ab 2023
- Neue Schulzentren / Gesamtschulen in Waldstadt & Krampnitz
- Einheitliche IT-Standards in Umsetzung
- Versorgg. aller Schüler:innen mit eigenem digitalen Endgerät (schrittweise ab SJ 2022/23)

DIE LINKE.
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Nutzung von Außensportanlagen auch unter Corona-Maßnahmen ungehindert ermöglichen

Kinder und Jugendliche sind seit 2 Jahren die am wenigsten beachtete, aber mit am meisten unter den Pandemie-Einschränkungen leidenden Gruppe. Nachdem die Sport- und Spielplatzschließungen im Außenbereich im Frühling 2020 sich im Nachhinein als großer Fehler herausgestellt haben, verwundert es sehr, dass das Land Brandenburg solche Fehler seit über einem Vierteljahr wiederholt und die Einhaltung von 2G-Regeln auf allen Sportanlagen vorschreibt. Dies führt zur absurden Sperrung von frei nutzbaren „unorganisierten“ Sportanlagen im Außenbereich, wie zum Beispiel im Volkspark.

Bewegung ist an der frischen Luft nicht nur gesund für Körper und Psyche, sondern nachweislich auch nahezu ungefährlich für eine Corona-Ansteckung. Zudem sind sich auch Kinder und Jugendliche in der Lage, auf Schutzmaßnahmen wie Abstände zu achten.

Tina Lange und Sascha Krämer (Stadtverordnete für DIE LINKE im Potsdamer Norden) fordern daher das Land dazu auf, die Nachweis-Vorschriften für 2G umgehend für unorganisierte Breitensportanlagen aufzuheben. Schon jetzt sind die kompletten Ausmaße körperlicher und psychischer Schäden einer ganzen Generation nicht absehbar – das was bereits an Folgen bekannt ist erschreckt jedoch zunehmend.

Parallel dazu wird den Oberbürgermeister aufgefordert, sich ebenfalls beim Land für die Aufhebung dieser sinnlosen Einschränkung einzusetzen und übergangsweise dafür Sorge zu tragen, dass wenigstens die Sportanlagen im Volkspark unter Einhaltung der Vorgaben zumindest zeitweise umgehend wieder nutzbar gemacht werden, z. B. indem zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt wird.



GESPERRTE FLÄCHE IM VOLKSPARK

Termin für telefonische Bürgersprechstunde März, April, Mai

Dr. Sigrid Müller
30. März 2022
9:30 bis 11:00 Uhr
TEL.: 0173 / 617 11 50

Stefan Wollenberg
Mittwoch, 16.03.2022
15.00 – 17.00 Uhr
Mittwoch, 06.04.2022
15.00 - 17.00 Uhr
Tel.: 0172 / 514 38 25

Fraktionssitzung

28.03.
04.04.
und 25.04. 2022
jeweils 18 Uhr
Stadthaus, R. 3.107
Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Mail
dielinke.stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Nächste SVV
04. Mai 2022
15.00 Uhr
in der MBS Arena

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion
Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51
Fax: 331/289 31 19
Druck: Nordostdruck

V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg



DER SITZ DER "BIWA"

„Barrikaden“ und Bürgerinitiative in der Waldstadt II

Das brachte 1995 die Waldstädter auf die Barrikaden: Aus ihrem Wohngebietssportplatz sollte ein Übungsplatz für die Verkehrswacht werden. Damit wäre die Stadt die Verantwortung und die Finanzierung für den Platz los gewesen. Doch die Waldstädter sahen das anders. Sie wollten speziell für die Jugend den Sportplatz erhalten und haben es auch geschafft, wenn auch nicht ganz so, wie sie es sich wünschten. Aber lassen wir das - schließlich wurde die Bürgerinitiative Waldstadt (BIWA) gegründet und Karl-Heinz Rothkirch zum Vorsitzenden gewählt. Aus gesundheitlichen Gründen musste der Motor des Ganzen, „Kalle“ Rothkirch, nach 10 Jahren im Jahre 2005 allerdings den Vorsitz abgeben.

Doch zurück zur weiteren Geschichte der BIWA: 1998 gründete sich die Waldstadtinitiative in einen Verein um, der seitdem Bürgerinitiative Waldstadt (BIWA e. V.) heißt. Und von Anfang an kämpfte die nicht nur um den Erhalt des Sportplatzes, sondern tat auch selbst einiges dafür. Jedes Frühjahr wurde/wird dort Unkraut gejätet, der Platz ausgebessert und der Zaum geflickt. Alle bisherigen Nachwende-Bürgermeister sicherten eine Sanierung zu, „wenn die Fördermittel fließen“. Die aber wollten und wollen nicht in Gang kommen. Dabei wird der Sportplatz dringend gebraucht. Der 2003 gegründete Freizeitsportclub (FSC) als Untersektion der BIWA hat inzwischen knapp 50 Mitglieder. Auf dem BIWA-Tisch liegen immer jede Menge Neuanmeldungen junger Fußballfans. Besser als mit sportlichen Treffs ist die Waldstadt II mit attraktiven Spielplätzen ausgerüstet. Der Urwaldspielplatz dürfte einmalig in seiner Art sein und auch am Caputher Heuweg versammeln sich gern die Jugendlichen. Als dritter großer Kinder- und Jugendtreff kommt das Quartierzentrum nahe Moosfenn hinzu. „Wir haben uns in allen Entstehungsphasen immer wieder eingemischt“, meint der Vorstand, jetzt unter der Leitung von Tino Henning.

Aber auch sonst war Einmischen angesagt, etwa wenn es um Ordnung und Sicherheit oder um die Gestaltung des Stadtteiles ging. Jedes Frühjahr gibt es Stadtteilbegehungen und was sich dort als kritikwürdig herausstellt, versucht man in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, den Wohnungsgesellschaften und der Polizei zu verändern. Da wurden Dreckecken aufgeräumt, Pflanzungen angekurbelt, Straßen- und Gehwegausbesserungen veranlasst, Bordsteinkanten für Behinderte abgesenkt, der Balkon- und Vorgartenwettbewerb schon 1999 angeregt und auch bei der Entente Florale war man dabei. Das lange vor sich hin gammelnde Residenzhotel wurde zum Wohn- und Appartementhaus umgebaut und die damit verbundenen Verkehrsprobleme wurden auf einvernehmliche Art gelöst. Verschwunden war auch noch der Schandfleck der ehemaligen Berufsschule. Doch die Waldstädter wirbeln nicht nur, sie verstehen auch zu feiern. Denn dieses Jahr soll endlich der 27. Geburtstag der BIWA begangen werden, der wegen Corona zwei Jahre hinausgeschoben werden musste. Und den man mit dem 43. Geburtstag der Waldstadt II begehen will - in diesem Sommer. Besonders zünftig gefeiert hat schon am 1. Februar 2022 der Gründungsvorsitzende der Bürgerinitiative Karl-Heinz Rothkirch. Der Unermüdliche wurde immerhin ganze 90 Jahre. Unser Glückwunsch ist ihm sicher!

BM



"KALLE" ROTHKIRCH WIE MAN IHN KENNT

Potsdam wird schon wieder Modellkommune

Nachdem sich Potsdam bereits erfolgreich für das Projekt „170 Nationen – 170 Kommunen“ als Host Town für die Special Olympics World Games beworben hat, beteiligt sich die Stadt nun auch am Projekt „LIVE– Lokal Inklusiv Verein(tes) Engagement“ von Special Olympics Deutschland (SOD).
Im Rahmen des Projekts LIVE können sich Menschen mit geistiger Behinderung durch eine mehrtägige Schulung zu so genannten Teilhabe-Beratenden ausbilden lassen und die Kommunen dann aktiv auf dem Weg zu mehr Inklusion begleiten und beraten. Mit dem Peer-Ansatz soll die Freude und Begeisterung für den Sport und das Engagement in diesem Bereich geweckt und gestärkt werden.
Gleichzeitig sollen durch das Projekt die Kooperationen zwischen Einrichtungen der Behindertenhilfe und Sportvereinen weiter etabliert werden und so auch die Sportmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen in den Einrichtungen und innerhalb der Vereine ausgeweitet und verbessert werden.

SPECIAL OLYMPICS
WORLD GAMES
BERLIN 2023



Klimaziele im Wohnungsbau gefährdet

Wollen wir die Pariser Klimaziele einhalten, müssen wir die CO2-Emissionen in allen Lebensbereichen drastisch reduzieren. Einer der zu selten thematisierten, aber relevantesten Sektoren ist der Baubereich.

Mittlerweile 38% der globalen Emissionen gehen auf das Konto des Bau- und Gebäudesektors, wie die UN Ende 2020 berichtete. Wer nach der vermeintlichen „Klima"-Wahl letzten September nun auf einen energischen Aufbruch durch die neue Bundesregierung gehofft hatte, wird aktuell bitter enttäuscht. Ende Januar verkündete Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck den Stopp der KfW-Förderung für energieeffizientes Bauen und Sanieren, obwohl die Antragsfrist noch nicht abgelaufen war. Zwar erklärte der grüne Minister nach großem Protest, dass alle eingegangenen Anträge noch abgearbeitet werden würden, die Unsicherheit über die Förderung bleibt jedoch bestehen. Konkret sind nach Angabe des Verbandes der Berlin – Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU) fast 3.000 Wohnungen in Brandenburg vom Förderstopp betroffen. Das hat unmittelbare Auswirkungen auf die Miethöhe. So muss der Wegfall der Förderung bspw. bei einer 60-m^2-Wohnung mit einem Mietanstieg von 1,51 Euro/m^2 kompensiert werden. Und auch die zusätzliche Milliarde für die Förderung von klimagerechtem, sozialem Wohnungsbau, die Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) bereits letztes Jahr versprochen hatte, lässt weiter auf sich warten. Nach wie vor gibt es zwischen den Ländern und dem Bund Streit darüber, wie die Mittel ausgereicht werden sollen. Hinzu kommt, dass sich auch das Land Brandenburg, trotz Regierungsbeteiligung der Grünen, weiterhin beharrlich weigert der Förderung von Sanierungen statt der Abriss- und Neubauförderung Vorrang einzuräumen. Besonders deutlich haben wir die Konsequenzen daraus an der Debatte um den Staudenhof zu spüren bekommen: die potentielle Inanspruchnahme der Neubauförderung wurde durch die Förderpolitik des Landes wirtschaftlich attraktiver als die Sanierung. Auf diesem Weg rücken die Klimaziele in weite Ferne. Das Nachsehen haben wie immer die Mieterinnen und Mieter in Brandenburg.

Isabelle Vandre (MdL)

Eine(n) „Polizeibeauftragte(n)" braucht das Land

DIE LINKE hatte im Dezember 2020 erstmals einen Gesetzentwurf für einen Polizeibeauftragten vorgelegt. Unser Gesetzentwurf wurde im April 2021 abgelehnt u.a. mit der Begründung, dass der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen ganz gewiss in Kürze eingebracht werden sollte. Es dauerte, wir nun wissen, ein weiteres Jahr. Der vorliegende Gesetzentwurf ist indes erfreulich nah an dem, was wir als LINKE vorgelegt hatten. Eine Polizeibeauftragte, die über eine hohe Durchsetzungsfähigkeit verfügen soll, unabhängig und beim Landtag angesiedelt, und über verschiedene eigene Ermittlungsbefugnisse verfügt. Es braucht eine*n solchen Polizeibeauftragten im Land Brandenburg, es ist aus unserer Sicht eine Maßnahme zur Stärkung der Kontrolle und nicht zuletzt damit auch des Vertrauens in polizeiliches Handeln.
Die Polizei muss als Trägerin des Gewaltmonopols einer besonderen internen, aber vor allem auch einer externen Kontrolle unterliegen. Dass diese zwar grundsätzlich vorhanden sein sollte, aber so nicht immer wirklich gut funktioniert, konnte man am Umgang mit Fällen wie Oury Jalloh, NSU, NSU 2.0, dem Netzwerk um Hannibal und Nordkreuz und den Uniter-Ermittlungen sehen.
Auch in Brandenburg haben wir einige Verfahren thematisiert, etwa eingestellte Verfahren bei einer im Polizeigewahrsam abgetrennten Fingerkuppe, einer Auseinandersetzung mit einem Journalisten, oder die schwere Verletzung eines Fußballfans in Fürstenwalde. Die Forderung nach einem Polizeibeauftragten stellt die Arbeit der Polizei nicht unter einen Generalverdacht. Das Gegenteil ist der Fall: dieser soll eine vorurteilsfreie Herangehensweise und eine sachliche Informationsbasis sicherstellen. Diese Stelle bietet auch die Chance, tatsächliche Fehltritte von unberechtigten Beschuldigungen oder systemischen Fehlentwicklungen zu unterscheiden und dies auch zu dokumentieren. Damit schafft man Vertrauen in staatliches Handeln.
Neben Bürger*innen soll die Polizeibeauftragte auch explizit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zur Verfügung stehen.



Auch das ist aus unserer Sicht völlig richtig und wichtig. Hier ist die unabhängige Ansprechpartnerin ein wichtiger erster Anlaufpunkt. Auch hier kann er oder sie unbeeindruckt von politischen oder organisationsbedingten „Scheuklappen", einen Blick auch auf ggf. strukturelle Zusammenhänge werfen und helfen, diese Probleme zu lösen. Wir finden also, dass man mit dem vorliegenden Entwurf gut arbeiten kann, wenngleich im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch einiges geklärt werden muss. Zum Beispiel die Abgrenzung zum Aufgabengebiet des Petitionsausschusses, denn Petitionen sind Verfassungsrecht.

Ansonsten ist wohl (hoffentlich) allen klar, dass nicht allein das Gesetz über Erfolg oder Misserfolg des Projekts Polizeibeauftragter entscheidet, sondern vor allem die Frage, wie die Person, die diese Aufgabe erstmalig in diesem Land übernehmen wird, all das, was wir uns hier vorstellen mit Leben füllen wird. Für eine Akzeptanz auf beiden Seiten ist Neutralität und fachliche Kompetenz sicherlich das wichtigste Kriterium.
Die Anhörung zum Gesetzentwurf wird im April im Innenausschuss stattfinden.

Marlen Block (MdL)

Fotos: Ben Gross

Garnisonkirchenturmkopie - wie weiter?

Das Mitglied des Kreisvorstandes Norbert Müller, ehemaliger Bundestagsabgeordneter, engagiert sich seit Jahren gegen Bau der Garnisonkirchenturmkopie. In einem Interview mit Sara Krieg, Sprecherin der Initiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche, sprach er über Aktuelles zur finanziellen Situation der „Stiftung Garnisonkirche“.



SARA KRIEG

N.M.: Der Bundesrechnungshof hat die Förderung des Wiederaufbaus des Garnisonkirchenturms massiv kritisiert. Aber das ist ja nicht die erste und einzige öffentliche Förderung des umstrittenen Vorhabens. Noch vor Jahren sollte der Turm vorrangig aus Spenden finanziert werden. Was wissen wir über die Finanzarchitektur der Stiftung Garnisonkirche Potsdam?

S.K.: Die Zuschüsse vom Bund belaufen sich inzwischen auf 20,25 Millionen Euro. Die Bewilligung von weiteren 4,5 Millionen Euro steht noch aus. Die Stiftung Garnisonkirche hat außerdem Zuschüsse vom Land Brandenburg erhalten und von Steuererstattungen profitiert. Von den Spendeneinnahmen hat die Stiftung einen Großteil für ihren eigenen Betrieb verbraucht, in den Bau fließen nur rund 5 Millionen Euro Spenden. Des Weiteren waren Kirchenkredite als „Eigenmittel“ ausschlaggebend für die Bewilligung der Bundesmittel. Deren Rückzahlung war jedoch von Anfang an fragwürdig. Bis heute gibt es keinen seriösen Wirtschaftsplan für den Turmbetrieb. Abgesehen von der Finanzierungslücke beim Bau ist auch der Stiftungsbetrieb dauerhaft defizitär.

N.M.: Heißt das, die Stiftung ist eigentlich pleite?

S.K.: Das könnte man so sagen. Der Ex-Bischof und Vorsitzende des Stiftungskuratoriums Wolfgang Huber gab kürzlich in einem Interview zu, dass die Stiftung die ausstehenden 4,5 Millionen Euro vom Bund „dringend“ brauche, um den Turm fertig zu bauen. Zusätzlich seien weitere Spenden nötig, wo auch immer diese herkommen sollen. Die geringe Spendenbereitschaft ist ja längst kein Geheimnis mehr. Gleichzeitig explodieren die Baukosten. Aus verlässlicher Quelle wissen wir, dass ein Auftrag für Malerarbeiten im Inneren bereits storniert wurde. Im November 2021 war die erste Rate für die Rückzahlung des Kirchendarlehens fällig. Die Stiftung hat nicht genug Geld für den Bau und nicht genug Einnahmen zur Deckung ihrer laufenden Kosten. Sie steht vor einem ernsten Problem.

N.M.: Was ergibt sich denn daraus an Forderungen?

S.K.: Zunächst einmal muss die Stiftung vollständige Transparenz über ihre finanzielle Situation herstellen, also einerseits über ihre bisherigen Einnahmen und deren Verwendung, andererseits über ihre noch vorhandenen Mittel und die noch ausstehenden Ausgaben. Jegliche öffentlichen Fördermittel sollten sofort eingefroren werden und keine weiteren Mittel bewilligt werden. Eine Rückzahlung unrechtmäßig ausgezahlter Mittel sollte geprüft werden. Die evangelische Kirche muss in die Pflicht genommen werden, für dieses Desaster die Verantwortung zu übernehmen. Wenn sie das nicht vollumfänglich tut, worauf gerade vieles hindeutet, bleibt eigentlich nur die Auflösung der Stiftung.

N.M.: Sollte die Stiftung liquidiert werden – was passiert dann? Wer sollte diese Erbmasse übernehmen? Und was schlägst du vor, was mit dem bereits stehenden Turmstumpf geschieht?

S.K.: Dieses Szenario will der Potsdamer Oberbürgermeister jetzt in einem Rechtsgutachten prüfen lassen. In Frage kommen zunächst die Stadt Potsdam, an die das Grundstück im Falle eines gescheiterten Wiederaufbaus 2030 zurückfällt, und der Kirchenkreis Potsdam, der laut Stiftungssatzung im Falle einer Auflösung das Restvermögen bekommt. Natürlich sollte die Stadt tunlichst vermeiden, sich dieses defizitäre Projekt ans Bein zu binden. Der Turmstumpf kann von mir aus erst einmal herumstehen, während das alles geklärt und diskutiert wird. Perspektivisch könnte ich mir persönlich vorstellen, dass zum Beispiel die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten den Turmstumpf übernimmt, diesmal mit einem seriösen Konzept und ohne Kirchenfunktion. Nutzbar ist das Gebäude ja bereits. Der Turm sollte jedenfalls keinen Meter höher wachsen als jetzt und keine Schmuckelemente erhalten.

Der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam informiert

Am 15. Februar 2022 fand planmäßig die zweite Sitzung des Seniorenbeirats im laufenden Jahr als Onlinesitzung statt. Auf der Grundlage der im Seniorenplan der Landeshauptstadt festgehaltenen Aufgaben sowie der mit dem 8. Altersbericht erfolgten Erweiterung der Themenbereiche um das wichtige Thema Digitalisierung möchte der Seniorenbeirat im Jahre 2022 stärker im direkten Kontakt mit den gewählten Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung die Belange der älteren Generation in den Blickpunkt der Aufmerksamkeit rücken. Gegenstand der Beratung am 15. Februar 2022 waren vor allem die Aufgaben, die im Mittelpunkt der Arbeit in den nächsten Monaten stehen werden. Neben der Fortführung der Unterstützung für die Bewohner der Josephinenwohnanlage konzentrierte sich die Aufmerksamkeit aktuell auf die Vorbereitung der 28. Brandenburgischen Seniorenwoche, die in Potsdam in diesem Jahr in der Zeit vom 10. bis 27. Juni 2022 in den Räumen der Landesbibliothek, im Potsdam Museum, im Nikolaisaal und an weiteren Orten stattfinden wird.

Der Seniorenbeirat möchte die bevorstehenden Lockerungen der Corona bedingten Einschränkungen nutzen, um seine Präsenz in den einzelnen Stadtteilen zu verstärken. Dazu werden beispielsweise die monatlichen Sprechstunden an wechselnden Orten in den Zentren der Wohngebiete durchgeführt.

An einer Mitwirkung interessierte Seniorenninnen und Senioren sind jederzeit willkommen und können sich im Seniorenbüro, Tel. 0331 289-3439 (Frau David) melden.

Die Sitzungen des Seniorenbeirats sind öffentlich. Für die Beratung am 16. April 2022 ist eine Zwischenabrechnung des Potsdamer Seniorenplanes vorgesehen.

Die Rente

Derzeit machen sich viele Menschen Sorgen, ob sie im Alter arm sein werden. Die Rentenkürzungen und die Unsicherheit des Arbeitsmarktes treffen besonders Jüngere mit voller Wucht. In vielen Berufen gelang es den Arbeitgebern, die Löhne zu drücken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 bedeutet für viele Beschäftigte schlicht eine Rentenkürzung. Denn in körperlich anstrengenden Berufen kann man so lange nicht durchhalten, sondern muss „vorzeitig“ mit Abschlägen in Rente gehen. Die Unternehmerverbände wollen das Rentenalter sogar noch weiter erhöhen: auf 69 oder bald 75. Dass man in der Pflege oder auf dem Bau so lange gar nicht arbeiten kann, scheint sie nicht zu stören. Die Arbeitsagentur rechnet schon jetzt Menschen über 58 als „nicht vermittelbar“ aus ihrer Statistik heraus. Das verschweigen die Unternehmer und ihre Politiker, denn es geht gar nicht darum, ob ältere Menschen als Arbeitskräfte gebraucht werden.



Es ging und geht bei allen Renten-“Reformen“ darum, dass die Unternehmer nicht mehr für die Beschäftigten sorgen wollen, die ihnen jahrzehntelang ihre Gewinne erarbeitet haben. Deswegen wurde die „private Vorsorge“ eingeführt, in die Beschäftigte komplett alleine einzahlen, und die „Entgeltumwandlung“, bei der Beschäftigte betriebliche Rentenansprüche auf Kosten ihrer gesetzlichen Rente aufbauen. Für die Unternehmer ist beides kostenlos und damit sehr praktisch. Indem wir alle Erwerbstätigen einbeziehen, können wir die gesetzliche Rente wieder zur sicheren Altersvorsorge für alle machen. Paritätisch finanziert von den Unternehmen und den Beschäftigten.

Unsere Forderungen auf den Punkt gebracht:

- Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro
- Ab 65 abschlagsfrei in die Rente sowie mit 60 Jahren bei 40 Beitragsjahren
- Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner endlich beenden
- Für alle Erwerbseinkommen müssen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden.
- Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und Pflege müssen besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen.

+++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +++

Kiezbad Stern eröffnete am 7.2.



Das Kiezbad Am Stern öffnete am 7. Februar wieder seine Türen mit einer Woche spezieller Aktionen. Alle Schwimm- und Saunafans können sich nunmehr auf eine frisch sanierte und im neuen Glanz strahlende Kiezbad-Halle freuen.

Tanzaktion gegen Gewalt an Frauen und Mädchen

Im Rahmen des Aktionstags “One Billion Rising - Menschen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen” wurde am 14. Februar 2022 auch in Potsdam getanzt. Die Aktion wurde gemeinsam von Potsdams Gleichstellungbeauftragter Martina Trauth und dem Autonomen Frauenzentrum Potsdam initiiert.

„In vielen Ländern der Welt sind Frauen sexueller Gewalt und Demütigung ausgesetzt und werden Opfer von Tötungen, sogenannten Femiziden. Auch in der Bundesrepublik wird jeden dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet.“, sagt die kommunale Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth. „Blumen und Pralinen am Valentinstag sind schön, aber Frauen und Mädchen brauchen das Versprechen der Gewaltfreiheit. Das Ende jeder Gewalt gegen Frauen und Mädchen muss unser gemeinsames großes Ziel sein. Dafür kämpfen wir, dafür streiten wir, dafür tanzen wir heute in Potsdam!“

Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ ist unter der 08000 / 116 016 und online auf [www.hilfetelefon.de] erreichbar – anonym, kostenfrei und in 17 Fremdsprachen.

+Termine +++ Termine+

Sonnabend, 19.03.2022, 10-16 Uhr

REWE am Kirchsteigfeld

Aktionstag Mietendeckel-Treffen

Sonnabend 26.03.2022, 10-16 Uhr

Bahnhof Charlottenhof

Aktionstag Mietendeckel

Sonnabend, 26.03.2022, 16 Uhr

Mitmachtreffen für Neumitglieder und Interessierte,

rotbloq, Zeppelinstr. 7

Sonnabend 02. – Sonntag 3.04.2022

Landesparteitag in Schönefeld

Sonntag, 01.05.2022 , 10.00 Uhr

Tag der Arbeit: Demonstration des DGB Platz der Einheit,

Familienfest 12-16 Uhr auf dem Luisenplatz

Freitag, 06. - 07.05.2022

Die Akkumulation des Kapitals – Lektüreseminar. Infos unter: brandenburg.rosalux.de

Donnerstag, 12.05.2022

Tag der Pflege, Ankündigungen folgen